



# Rundbrief Aktuell

Informationen aus Berlin und dem Wahlkreis

Ausgabe 17-39/29.09.2017

## Bundestagswahl 2017

Bergheim, 24.09.2017



Liebe Bürgerinnen und Bürger des Rhein-Erft-Kreises,

die Bundestagswahl 2017 zum 19. Bundestag liegt nun schon fast eine Woche hinter uns. Auch auf diesem Wege möchte ich noch einmal allen Wählerinnen und Wählern für das Vertrauen danken, dass Sie mit einem Erststimmenergebnis von 39,2 % zum Ausdruck gebracht haben und mir damit die Gelegenheit gegeben worden ist, die Arbeit in Berlin für den Rhein-Erft-Kreis für vier weitere Jahre fortzusetzen.

Das Ergebnis wirft allerdings viele Fragen und Aufgaben auf, die nunmehr mit Hochdruck angegangen werden müssen.

In der ersten Fraktionssitzung in dieser Woche, die auch von einer bedrückten Stimmung wegen des Ausscheidens vieler lieben Kolleginnen und Kollegen geprägt war, machte aber auch deutlich, dass die anstehenden Koalitionsverhandlungen mit Sicherheit eine andere Dimension haben werden. als dies

noch vor vier Jahren der Fall war. Das Wahlergebnis zeigt allerdings auch, dass eine nicht unerhebliche Zahl der Wählerinnen und Wähler in anderer Weise mit dem Faktor der Zufriedenheit und Unzufriedenheit mit der bisherigen politischen Arbeit umgegangen sind, als dies bislang der Fall war.

Das Parteienspektrum hat sich durch den Wiedereinzug bzw. den Neueinzug von Parteien nicht nur zahlenmäßig erweitert, sondern das politische Spektrum ist nun deutlich weiter und extremer geworden. Dieser Umstand lässt erwarten, und hierfür gibt es auch schon unverkennbare Anzeichen, dass nicht nur die Tonlage, sondern auch die Inhalte der Aussagen eine wesentlich radikalere Fassung bekommen werden.

Die Demokratie kann und muss Belastungsproben standhalten. Es ist aber mehr denn je insbesondere auch die Aufgabe der CDU/CSU-Fraktion ein Abgleiten in populistische und extremistische Positionen unbedingt zu verhindern. Hierbei besteht die besondere Herausforderung darin, die Wählerinnen und Wähler, die nicht aus extremistischer Überzeugung sondern aus temporärer Enttäuschung und Frustration ihre Wahlentscheidung getroffen haben, durch eine intensiv sachbezogene Arbeit wieder in die politische Familie zurückzuholen, in der sie sich eigentlich seit Jahren und Jahrzehnten beheimatet gefühlt haben.

Mein persönlicher Eindruck über

die allgemeine Stimmungslage bei den Wählerinnen und Wählern, die ich in zahllosen Gesprächen gewonnen habe, ist der, dass immer noch sehr viele Menschen im tiefsten Innern unter dem Eindruck der Flüchtlingskrise stehen und es eigentlich keinen geringeren Wunsch gibt, dieses Thema zum Ende zu führen. Dies hat dann ebenso bei vielen dazu geführt, weitere gesellschaftspolitische Fragestellungen, die zweifelsohne einer Bearbeitung bedürfen, in einen Sachzusammenhang mit der Flüchtlingskrise zu stellen.

Diese Bildung von Ursachenketten ist zwar verständlich, entspricht aber nicht den tatsächlichen Gegebenheiten, was nunmehr intensiv der Erläuterung bedarf.

Im Zeitalter des demografischen Wandels, der Digitalisierung und des erneuten Entstehens internationaler Konflikte, finden in unserer Gesellschaft grundlegende Veränderungen in jeder Form der Wahrnehmung statt. Obwohl die wirtschaftliche Situation, die Löhne und Gehälter, die Zahl der Arbeitsplätze sowie die Zahl der Arbeitslosen als besonders hervorragend bezeichnet werden kann, müssen selbstverständlich die Fragestellungen der zukünftigen Altersversorgung, die Situation der Arbeitsplätze und auch die allgemeine Frage von Kinder- und Altersarmut einer dringenden Überprüfung und Lösung unterzogen werden. Allerdings sind dies Sachverhalte, die nur durch grundlegende konzeptionelle Änderungen in unserem Versorgungssystem

bewältigt werden können. Die Tauglichkeit dieser Lösungen ergibt sich auch erst dann, wenn sie auch dann noch umsetzbar sind, wenn die wirtschaftliche Gesamtlage möglicherweise nicht oder nicht mehr so rosig ist, wie dies derzeit der Fall ist. Ich halte es im Übrigen auch für fatal und nicht hilfreich, die Fragen von aktueller Altersarmut nach bereits vollständig vollendetem Erwerbsleben oder kurz bevorstehender Altersgrenze in einen Topf mit der Frage von Altersabsicherung in ferner Zukunft für die nächsten Generationen zu werfen. Die gesellschaftlichen Grundlagen, die Lebensplanungen, die Familiensituation und auch das Erwerbsleben hat sich in den vergangenen Jahrzehnten geändert, wobei allerdings die Veränderungsintensität und vor allen Dingen die Geschwindigkeit in der Zukunft deutlich zunehmen wird. Während wir gehalten sind den Menschen, die hier und heute ihren Lebensunterhalt aus eigener Kraft nicht bestreiten können, eine kurzfristige Hilfe angedeihen lassen müssen, halte ich es nicht vertretbar, den sozialistischen Phantasien in der Zukunft zu folgen, durch Konstruktionen wie ein bedingungsloses Grundeinkommen den Eindruck zu suggerieren, das Wirtschaft und Staat komplett an die Stelle der Eigenverantwortung des Einzelnen treten sollten. Eine aussichtsreiche Versorgungssicherheit des Einzelnen wird allerdings definitiv nur möglich sein, wenn wir eine stabile Wirtschaft bestehend aus Industrie, Mittelstand und Dienstleistung gewährleisten können. Die Versorgungsmöglichkeiten eines Staates hängen auf Dauer immer von der Eigenleistungskraft des Wirtschaftssystems ab. Alle anderen staatlich gelenkten Versorgungssysteme haben sich im Laufe der Jahrzehnte als untauglich erwiesen und sind gescheitert.

Die jetzt anstehenden Koalitionsverhandlungen, die in den nächsten Wochen mit der FDP und dem Bündnis 90/Die Grünen aufgenommen werden, stellen zweifelsohne eine besondere Herausforderung dar. Allerdings sind die Verhandlungspartner für die CDU/CSU-Fraktion keineswegs so fremd, wie es uns jetzt die Presse glauben machen will.

Mit der FDP gab es in der Vergangenheit eine Reihe von Koalitionen, aus denen eine erfolgreiche Regierungsarbeit resultierte. Neben bereits existierenden Koalitionen mit Bündnis 90/Die Grünen auf Länderebene wie z.B. in Baden Württemberg und Hessen wurden ja bereits im Jahre 2013 Koalitionsverhandlungen geführt, die nach meiner Einschätzung vielleicht etwas zu früh als nicht zielführend abgebrochen wurden, weil damals noch der Ersatz durch die Große Koalition winkte. Insofern ist mir allerdings sehr wohl bewusst, dass gerade aus dem Blickwinkel von Nordrhein-Westfalen und dem hiesigen Rheinischen Revier Befürchtungen gegenüber diesem Koalitionspartner gehegt werden. Die Landesgruppe NRW hat allerdings in ihrer ersten Sitzung auch unter Berufung auf den Standpunkt von Ministerpräsident Armin Laschet die klare Aussage getätigt, das Nordrhein-Westfalen bei allen internationalen Verpflichtungen zur Ökologie und Klimaschutz ein leistungsfähiges Industrieland bleiben muss und dies auch sehr wohl kann.

Die Koalitionäre haben deshalb einen ernstzunehmenden demokratischen Auftrag, eine Regierungsfähigkeit herbeizuführen, wobei ich der festen Überzeugung bin, dass mit mehr Abstand zum naturgemäß stärker ideologisch geführten Wahlkampf die rationalen Entscheidungen wieder an Bedeutung

gewinnen. Ich sehe es allerdings auch als ausdrückliche Verpflichtung an, dies durch zügig erzielte Ergebnisse zu dokumentieren um die Leistungsfähigkeit unseres demokratischen Rechtssystems zu bestätigen. In diesen Themenkatalog gehört zweifelsohne auch eine zügige Bewältigung der Flüchtlingskrise, wobei es keinesfalls ausreichend sein wird, sich nur vordergründig mit der Frage zu beschäftigen, Personen an unserer direkten Grenze den Zutritt zu verweigern, sondern intensiv und im internationalen Zusammenwirken daran zu arbeiten, dass der Weg nach Europa und nach Deutschland überhaupt nicht angetreten wird. Dies erfordert dann aber auch, dass wir uns darüber im Klaren sein müssen, dass die staatlichen Zustände in den Herkunftsländern nicht sofort oder binnen kürzester Zeit einem Maßstab entsprechen können, wie dies in Europa und insbesondere in Deutschland der Fall ist. Ebenso gehört dazu allerdings auch, dass bei der Umsetzung der in der Zwischenzeit hier verabschiedeten Regeln zur Ausreise und Abschiebung nicht zunehmend der Ruf nach Einzelfallausnahmen laut wird, weil dies der Einführung eines zeitnah leistungsfähigen Integrationssystems zuwiderlaufen würde.

Die nächsten Wochen werden daher überaus spannend und werden an manchen Verhandlungsteilnehmer enorme Anforderungen an körperlicher Leistungsfähigkeit wie auch inhaltliche Kompromissbereitschaft stellen.

Ich werde Sie in gewohntem Umfang zeitnah über die Prozesse unterrichten und die notwendigen Erläuterungen zu zutreffenden Entscheidungen geben. Wir werden in den nächsten Monaten dazu auch unsere Kommunikationsformate anpassen.

Mit nochmaligem Dank für den erteilten Arbeitsauftrag verbleibe ich herzlichst.